

Der Professor, der für alles eine Lösung hat

Masseneinwanderung Reiner Eichenberger verteidigt die SVP-Initiative, wo immer er kann

VON RINALDO TIBOLLA

Reiner Eichenberger greift oft in die Tasten. Dies bezeugen die zahlreichen Beiträge und Kommentare, die er in verschiedenen Medien platziert. Auch bei seinen Auftritten – sei es im Fernsehen oder bei Referaten an Veranstaltungen – markiert er Präsenz. Für jedes politische Problem scheint der Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg die passende Lösung zu haben. Als über die Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert wurde, trumpfte Eichenberger mit folgendem Vorschlag auf: «die beste Armee – die freiwillige Miliz». Die heutige Zwangsmiliz sei zu teuer und völlig reformunfähig; eine freiwillige Miliz viel günstiger, schrieb er. Die Kosten würden dank kleinerer Bestände, weniger jährlicher Dienstage, höherer Effizienz und langjähriger Dienstleistung mit weniger Personen sinken.

«Raucher sind rentabler»

Zur Lösung der Verkehrsprobleme schlägt Eichenberger höhere Preise und Gebühren für alle Verkehrsteilnehmer vor. Subventionen müssten konsequent gestrichen werden; mit dem gesparten Geld sollen wiederum Steuersenkungen möglich werden. Und: Wer während der Stosszeiten unterwegs ist, soll mehr zahlen. Eichenberger setzt sich aber auch für tiefere Sozialleistungen für Einwanderer ein. Als publik wurde, dass das Päckchen Zigaretten bald elf Franken kosten soll, bezeichnete er die Erhöhung der Tabaksteuer – obwohl er selber nicht raucht – als «unmoralisch». Raucher würden einen massiven Beitrag an den Staat leisten. «Auf lange Sicht sind Raucher für die Gesellschaft rein finanziell rentabler», liess sich Eichenberger zitieren.

Kein «Vertreter der Initiative»

Im Abstimmungskampf zur Masseneinwanderungsinitiative flankierte Eichenberger, der selber an der Zürcher Goldküste in einer Villa haust, von Anfang an die SVP. Er selber allerdings sieht dies ganz anders. In der «Abstimmungs-Arena» des Schweizer Fernsehens verwies er darauf, dass er nicht als «Vertreter der Initiative», sondern als ökonomischer Experte in der Sendung sei. Er sei weder SVP-Mitglied, noch trete er für die SVP auf. Er



Umtriebiger Professor: Reiner Eichenberger.

SUSI BODMER

hielt danach fest, dass das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf seit Einführung der Personenfreizügigkeit nicht zusätzlich gewachsen sei. Den bisherigen Einwohnern der Schweiz habe die Personenfreizügigkeit nichts

gebracht. Das habe seine Studie ergeben. Eichenberger zog danach über andere Studien her, die zu einem gegenteiligen Ergebnis kamen.

George Sheldon, Professor für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie

■ ENDSPURT: WERBEN UM NACHBARS STIMME

An die Urne bringen, wer sonst nicht an die Urne geht: Befürworter wie Gegner der SVP-Masseneinwanderungsinitiative **werben in den verbleibenden Tagen gleichermaßen um jede Stimme.** Nachdem die letzte Umfrage eine Zunahme des Ja-Anteils um sechs Prozentpunkte auf 43 Prozent vorhergesagt hatte, ist die Nervosität bei den Gegnern nochmals gestiegen. Mit verschiedenen Aktionen wollen sie **einen Triumph der Initianten verhindern:** An Bahnhöfen in den Agglomerationsorten verteilen Vertreter

des Nein-Komitees diese Tage Flyer mit der rhetorischen Frage «Volles Risiko?». Mit Flyern wollen auch die **Grünen ihre Argumente für ein Nein unter Volk bringen.** Auf dem SP-Generalsekretariat sind zwar die Flyer ausgegangen, dafür warnt Präsident Christian Levrat in einem Mail an knapp 100 000 Mitglieder und Sympathisanten vor der «brandgefährlichen» Initiative. Levrat bittet die Mäilempfänger um Mithilfe: «Schreibe jetzt zehn SMS an Leute aus deinem Umfeld, fordere sie auf, abzustimmen.» **Am Sonntag zähle auch die**

Stimme des Nachbarn, schreibt Levrat weiter. Auch im Bekanntenkreis mobilisiert der Berner SVP-Nationalrat Albert Rösti: Er versuche in seinem Umfeld **diejenigen Personen von einem Urnengang zu überzeugen, die sonst nicht abstimmen würden.** Ein entsprechender Aufruf sei an die Fraktion gegangen. «Weil es so knapp ist, kann jeder Unentschlossene das Zünglein an der Waage sein», sagt Rösti. Die Junge SVP plant diese Woche **eine Guerilla-Aktion in Bern.** Wie diese aussehen wird, ist noch offen. (MBÜ)

an der Universität Basel, dessen Studie besagt, dass die Personenfreizügigkeit bezüglich BIP pro Kopf mehr gebracht hat, hält wenig von Eichenbergers Argumentation und kritisiert dessen wissenschaftlichen Zugang zum Thema.

In einem Streitgespräch für die «Berne Zeitung» sagte Sheldon kürzlich: «Was ich bei Eichenberger vermisse: Er argumentiert faktenfrei.» Eichenberger habe nie untersucht, wer in die Schweiz komme und welche Auswirkungen das gehabt habe.

«Was ich bei Eichenberger vermisse: Er argumentiert faktenfrei.»

George Sheldon, Professor für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie an der Universität Basel

ger: «Erstens soll frei zuwandern dürfen, wer viel davon hat und hier viel bringt. Zweitens sollen die Gewinne der Zuwanderer und der Bodenbesitzer teilweise zugunsten der bisherigen Einwohner umverteilt werden. Drittens sollen die Erträge aus altem Staatsbesitz nicht mehr über den normalen Staatshaushalt an Neuzuwanderer fliessen, sondern gezielt an die bisherigen Einwohner.»

Auch wenn er sich auf diese Weise von der SVP zu distanzieren versuchte, war Eichenberger es wieder, der einen Schritt auf die Partei zumachte. Im prominenten auf der SVP-Website aufgeführten Interview – datiert vom 30. Januar – hat Eichenberger wieder eine klare Botschaft parat: «Zuwanderung im heutigen Mass schadet unserem realen Wohlstand.» Seinen eigenen Weg gehen, ist was anderes.

@ ausserdem zum Thema

Online finden sie weitere Artikel zur Masseneinwanderungsinitiative.

INSERAT

Achtung!

SVP-Initiative schafft teures Bürokratiemonster.

am 9. Februar
NEIN!

zur SVP-Abschottungsinitiative

www.bilaterale.ch

Lob und Kritik für die Armee

Das Stationierungskonzept der Armee ist bei den betroffenen Kantonen teilweise mit Befriedigung, aber auch mit Kritik aufgenommen worden. Dies zeigt eine Umfrage der Nachrichtenagentur SDA zum Ablauf der Vernehmlassungsfrist.

Bis Ende Februar Zeit lassen will sich der Kanton Aargau. Grund für die Verzögerung ist, dass in Aarau der Stadtrat und das Parlament gegen den Plan des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sind, das Rekrutierungszentrum von Windisch in die Kaserne Aarau zu verlegen. Sie wollen, dass die zentral gelegene Kaserne ab 2030 zivil genutzt wird. Ander-

seits wehrt sich die Gemeinde Windisch für das Rekrutierungszentrum, wo die Stellungspflichtigen der meisten Nordwest- und Innerschweizer Kantone rekrutiert werden.

Für den Zürcher Regierungsrat sind die Hauptanliegen mit dem neuen Konzept erfüllt. So wird begrüsst, dass das Rekrutierungszentrum Rütli, der kantonale Waffenplatz Reppischtal und die Militärakademie der ETH Zürich im Reppischtal erhalten bleiben sollen. Bedauert wird vom Zürcher Regierungsrat jedoch, dass drei Brigadekommandos den Kanton verlassen sollen. Der Berner Regierungsrat begrüsst, dass im Kanton einzig in Lyss ein Waffenplatz geschlossen wird. (SDA)

Gegen zwei IT-Firmen wird ermittelt

Die Ermittlungen rund um die mutmassliche Korruptionsaffäre im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) laufen auf Hochtouren. Im Zentrum der Untersuchungen stehen das IT-Unternehmen Fritz&Macziol sowie dessen Tochterfirma Information Technology&Trust mit Sitz in Risch-Rotkreuz ZG. «Wir kooperieren in vollem Umfang mit den Behörden und untersuchen

diesen Vorgang intern», hielt Unternehmenssprecherin Simone Barrho gestern Montag auf Anfrage fest. «Weitere Informationen können wir aufgrund des laufenden Verfahrens derzeit nicht erteilen.» Somit bleibt weiterhin unklar, wie viele Angestellte der IT-Firmen in die Affäre verwickelt sind und welche Massnahmen intern bereits ergriffen wurden. (SDA)

Nachrichten

Finanzdirektoren «Heiratsstrafe» abschaffen

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) spricht sich für die CVP-Initiative für die Beseitigung der «Heiratsstrafe» aus. Das Volksbegehren schaffe die Verfassungsgrundlage für eine alte steuerpolitische Pendeiz auf Bundesebene, schreibt die FDK. Nein sagt die FDK hingegen zu einer zweiten CVP-Familieninitiative, die verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen steuerfrei werden. Zur Ablehnung empfehlen die Finanzdirektoren auch die Goldinitiative. Eine Annahme würde es der Schweizerischen Nationalbank erschweren, die Preisstabilität zu gewährleisten, warnt die FDK. (SDA)

Sexualkunde Initiative zustande gekommen

Die Volksinitiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» ist zustande gekommen. Von 110 929 eingereichten Unterschriften sind 110 040 gültig. Die Initiative war am 17. Dezember 2013 eingereicht worden. Die Initianten wollen damit Regeln zum Sexualkundeunterricht in der Bundesverfassung verankern. (SDA)